

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer umfassenden Pflegereform. Nach aktuellen Berichten sehen erste konkrete Vorschläge unter anderem vor, die Rentenpunkte für pflegende Angehörige zu kürzen. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion ist das ein fatales Signal. Denn mit seinem Vorhaben trifft der Bund diejenigen, die über 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland engagiert versorgen: Mehr als eine Million pflegende Angehörige erwerben während ihrer Pflegetätigkeit Rentenpunkte. Damit werden Rentenanwartschaften für Pflegezeiten gesammelt, um den künftigen Rentenanspruch deutlich zu verbessern.

Das Vorhaben des Bundes ist somit nicht nur unsolidarisch, sondern benachteiligt insbesondere auch Frauen: Sie übernehmen noch immer den Großteil der häuslichen Pflege. Viele von ihnen geraten dadurch in finanzielle Nöte und blicken einer Zukunft mit schwindender Rente und Altersarmut entgegen. Weit über 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zudem zuhause versorgt. Das heißt für pflegende Angehörige: Jeden Tag, jede Nacht – ehrenamtlich und ohne Pause. Neben körperlichen Belastungen durch zum Beispiel Heben oder Umlagern kommen häufig chronische Erschöpfung, Stress, Überforderung, Schuldgefühle und ein erhöhtes Risiko für Depressionen hinzu.

Klar ist: Die Kosten im Pflegebereich steigen seit Jahren. Um Pflegebedürftige finanziell zu entlasten, müssen wir verhindern, dass diese immer höhere Eigenanteile zahlen müssen. Dafür benötigt die Pflegeversicherung aber mehr Geld. Dieses Ziel jedoch auf dem Rücken derer zu verfolgen, die bereits einen großen Teil der Pflege leisten, kann für uns FREIE WÄHLER im Landtag nicht die Lösung sein.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter

Dr. Martin Brunnhuber



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:
REGIERUNGS-
ERKLÄRUNG IM
LANDTAG

SEITE 3:
UNSER DRINGLICH-
KEITSANTRAG

SEITE 7:
UNSERE WOCHE AUF
SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Regierungserklärung von Hubert Aiwanger: Firmengründer und -übernehmer sind der Motor unseres Wohlstands

Unsere mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Während die Weltwirtschaft derzeit durch globale Krisen ein stetes Auf und Ab erlebt, stehen sie für regionale Wertschöpfung und Know-how vor Ort. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion betonen stets die Bedeutung dieser Firmen für eine echte wirtschaftliche Erholung Deutschlands – dennoch bremsen eine hohe Steuer- und Abgabenlast sowie ausufernde Bürokratie unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Hier ist Berlin gefordert, die längst nötigen Reformen umzusetzen.

Wir in der Bayernkoalition und allen voran Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger arbeiten pausenlos daran, Hürden zu senken und verlässliche Rahmenbedingungen für ein prosperierendes Unternehmertum in Bayern zu schaffen. Das zeigt sich auch in Zahlen: Mit 785 Start-up-Neugründungen im Jahr 2025 ist der Freistaat Nummer eins im bundesweiten Vergleich. Unser Fokus auf Forschung und High-Tech zahlt sich aus. Bei der Defense-Technologie ist München zum bundesweiten Top-Standort geworden.

Es braucht aber auch einen Wechsel in der Diskussion um das Unternehmertum. Wir müssen weg von vergifteten Neiddebatten und hin zu einer Gesellschaft, die Risiko und Eigenverantwortung wieder zunehmend belohnt. Damit einher geht ein Staat, der möglich macht, anstatt sich in immer detaillierteren Kontrollen und Bürokratie zu verlieren. Wenn wir das schaffen, werden wir uns keine Sorgen mehr um funktionierende Unternehmensnachfolgen machen müssen.

Mehr dazu [HIER](#). Zu einem Ausschnitt der Rede geht's [HIER](#).



Sozialversicherungspflicht für Beamte: FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Beibehaltung bewährter Versorgungssysteme



Die bewährte Beamtenversorgung darf nicht zerschlagen werden! Eine solche Systemveränderung hin zu einer Sozialversicherungspflicht auch für Beamte lehnen wir FREIE WÄHLER im Landtag entschieden ab. Das wäre ein systemwidriger Eingriff, der nur durch eine Änderung der Verfassung sowie die Aufhebung des Bestandsschutzes möglich wäre.

Mit einem Dringlichkeitsantrag zum Plenum am Donnerstag unterstreichen wir die Notwendigkeit, das bewährte Pensionssystem des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes sowie die Beihilferegelung nach Art. 96 Bayerisches Beamtenengesetz zu erhalten. Ein Einbeziehen der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung würde die demografische Problematik des Rentensystems nicht lösen, sondern zu massiven

Mehrkosten für die Haushalte führen: Um Gehaltseinbußen für Beamte im deutlich dreistelligen Bereich zu vermeiden, müsste der Staat dann sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerbeiträge aufbringen.

Da die Beamtenversorgung als Teil des Alimentationsprinzips verfassungsrechtlich geschützt ist, lehnen wir solche finanzpolitischen Experimente ab. Anstatt durch neue Belastungen die Attraktivität des Dienstherrn Freistaat zu schwächen, sollten wir an den bestens funktionierenden Strukturen festhalten. Die Staatsregierung wird sich daher auf Bundesebene konsequent gegen entsprechende Pläne von Bundessozialministerin Bas starkmachen.

Mehr [HIER](#). Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).

Dringlichkeitsantrag: Bayern als europäisches Raumfahrt-Herz stärken

Bayern festigt seine Position als führender Luft- und Raumfahrtstandort Europas: Mit einem Dringlichkeitsantrag treiben wir FREIE WÄHLER im Landtag die institutionelle Anbindung des Freistaats an die Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm (EUSPA) voran. Ziel ist es, Bayern als zentralen europäischen Standort für neue EUSPA-Aufgaben zu positionieren.

Bayern ist bereits heute Heimat zentraler europäischer Infrastruktur – beispielsweise durch das Galileo-Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen. Es ist daher nur logisch, diese Kompetenz durch eine EUSPA-Außenstelle zu ergänzen. Der Ausbau geht weit über einen symbolischen Akt hinaus. Gerade in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen ist die technologische Souveränität Europas essenziell. Wir müssen unsere Innovationskraft in den Bereichen Satellitennavigation, Erdbeobachtung und sichere Kommunikation fest im europäischen Weltraumprogramm verankern.

Der Freistaat bringt hervorragende Voraussetzungen mit: Durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), führende Hochschulen und ein starkes Netzwerk aus Industrie und Start-ups ist Bayern bestens für die Herausforderungen der modernen Raumfahrt aufgestellt. Eine EUSPA-Außenstelle in Bayern würde nicht nur bestehende Strukturen in Oberpfaffenhofen weiter stärken, sondern auch zusätzliche High-Tech-Arbeitsplätze schaffen und die Krisenfestigkeit Europas nachhaltig erhöhen.

Mehr [HIER](#). Zum Beitrag auf Instagram geht's [HIER](#).



Aktuelle Stunde: Moderne Ausrüstung und starkes Personal für Bayerns Polizei!

Wir FREIE WÄHLER im Landtag setzen uns dafür ein, dass die Bayerische Polizei sowohl personell als auch materiell aus dem Vollen schöpfen kann. Denn unsere Polizistinnen und Polizisten haben einen zentralen Anteil am Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ausreichendes und gut ausgebildetes Personal ist für effiziente Polizeiarbeit genauso unerlässlich wie eine Ausstattung mit modernster Ausrüstung und Technik. Im aktuellen Doppelhaushalt erhält die Polizei deshalb 200 zusätzliche Stellen – trotz knapper Haushaltskasse. Mit 45.700 Stellen wurde 2025 bereits eine neue, deutschlandweit einmalige personelle Höchstmarke erreicht. Die Sach- und Bauausgaben der Bayerischen Polizei nehmen im aktuellen Doppelhaushalt zudem eine Höhe von 1,3 Milliarden Euro ein, davon fließen 100 Millionen Euro in die Drohnerdetektion und -abwehr. Mit dem Gesetz zum Schutz vor Drohnenüberflügen haben wir vergangenes Jahr bereits eine rechtliche Grundlage für die Abwehr unbemannter Flugsysteme geschaffen. Mehr dazu [HIER](#).

Reform der Grunderwerbsteuerregelungen

Die eigenen vier Wände dürfen in Bayern kein unbezahlbarer Luxus sein. Obwohl wir im Freistaat mit einem Grunderwerbsteuersatz von 3,5 Prozent bereits das bundesweit niedrigste Niveau garantieren, schlagen die hohen Preise für Baugrundstücke und Bestandsimmobilien bei den Kaufnebenkosten massiv ins Kontor. Das bayerische Zinsverbilligungsprogramm greift unseren Bürgern beim Weg ins Eigenheim kräftig unter die Arme. Angesichts der anhaltend hohen Marktpreise reichen die bestehenden Förderinstrumente allein aber oft nicht aus, um den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum nachhaltig zu erleichtern. Wir müssen deshalb direkt bei den Steuern ansetzen und spürbare Erleichterungen schaffen. Das Problem liegt aktuell in Berlin: Das Grunderwerbsteuergesetz des Bundes verbietet es den Ländern, maßgeschneiderte Freibetragsregelungen einzuführen. Wir fordern die Bundesregierung daher dringend auf, endlich den Weg freizumachen und eine Länderöffnungsklausel zu schaffen. Nur so können wir zusätzlich zur bestehenden Freigrenze einen echten Freibetrag für den Ersterwerb einführen. Mehr dazu [HIER](#).

Enquete-Kommission verabschiedet Handlungsempfehlungen für den Bereich „Verantwortlichkeit und Haftung“

Die Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags hat erneut einen Themenbereich abgeschlossen: Auch für den grundlegenden Bereich „Verantwortlichkeit und Haftung“ liegen nun Handlungsempfehlungen vor. Um bürokratische Blockaden zu lösen, wollen wir eine andere Verwaltungskultur etablieren. Eine landesweite Kampagne soll Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung die unbegründete Furcht vor Haftungsrisiken nehmen, da die gefühlte Wahrnehmung oft weit von den tatsächlich sehr geringen Risiken abweicht. Wenn es uns gelingt, diese Verunsicherung abzubauen, kann unsere Verwaltung Ermessensspielräume wieder im Sinne der Bürger ausschöpfen. Darüber hinaus gilt es, die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen, um Verfahren spürbar zu vereinfachen. Wir wollen Klagerechte dahingehend einschränken, dass nur die individuelle Betroffenheit des Klägers von den Gerichten überprüft wird. Wer wegen möglicher Lärmbelästigung klagt, soll nicht Recht bekommen, weil die Gemeinde einen davon völlig unabhängigen Verfahrensfehler begangen hat. Mehr dazu [HIER](#).

Unregulierte Marktöffnung im Bahn-Fernverkehr: Einstieg von „Italo“ auf deutschem Schienennetz darf ländliche Räume nicht benachteiligen

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion setzen uns nachdrücklich für einen starken Wettbewerb auf der Schiene ein, warnen jedoch vor den potenziellen Folgen einer unregulierten Marktöffnung im Fernverkehr. Anlass ist der geplante Markteintritt des italienischen Hochgeschwindigkeitszuges „Italo“ in Deutschland, der für heftige Diskussionen sorgt. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass der zunehmende Wettbewerb keinesfalls zu einer Benachteiligung mittelgroßer Städte und ländlicher Regionen führen darf. Mehr Wettbewerb auf der Schiene kann für die Fahrgäste zwar viele Vorteile bringen – von attraktiveren Preisen über bessere Serviceangebote bis hin zu mehr Innovationen. Dabei gilt es aber zu vermeiden, dass sich neue Anbieter ausschließlich auf wenige hochprofitable Verbindungen zwischen den Metropolen konzentrieren und andere Regionen schrittweise vom Fernverkehr abgehängt werden. Mehr dazu [HIER](#).

UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA

#BildergalerieDerWoche: Austausch mit der kommunalen Basis

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion sind stolz auf unsere mittlerweile 28 gewählten Landräte in ganz Bayern! Deshalb haben wir uns erneut mit den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Ebene zu einem umfassenden Austausch getroffen. Denn als Regierungsfraktion ist uns das Feedback aus den Kommunen elementar wichtig, da diese die politischen Weichenstellungen vor Ort mitumsetzen und neue Herausforderungen am besten einschätzen können. [HIER](#) geht's zu den schönsten Fotos.



#MythosVsRealität: Beamtentum



Mythos oder Realität? Rund um das Beamtentum kursieren viele Vorurteile. Zum Tag des öffentlichen Dienstes haben wir einen Blick auf die Fakten geworfen. Unsere Beamtinnen und Beamten sorgen jeden Tag dafür, dass unser Staat funktioniert – zuverlässig, rechtsstaatlich und bürgernah. Ob in Schulen, Verwaltungen, bei Polizei, Justiz oder Finanzämtern: Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion ist klar: Ein starker Staat braucht einen starken öffentlichen Dienst. [HIER](#) geht's zum Beitrag auf Instagram.

#StreiblsStandpunkt: München braucht keine dritte Startbahn!

Die dritte Startbahn ist mit uns nicht verhandelbar! Warum es mit uns FREIEN WÄHLERN in Regierungsverantwortung diese Erweiterung am Münchner Flughafen nicht geben wird, erläutert unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in der neuen Folge #StreiblsStandpunkt [HIER](#).



#LockelmLandtag: Besuch unserer Landräte

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag halten den direkten Draht zur kommunalen Ebene! Dazu sind wir erneut mit unseren frisch gewählten Landrätinnen, Landräten und Oberbürgermeistern aus ganz Bayern zu einem Austausch zusammengekommen. Warum diese regelmäßigen Treffen mit unserer kommunalen Familie für uns so wichtig sind, erläutert unser Parlamentarischer Geschäftsführer in der neuen Folge #LockelmLandtag [HIER](#).

Alle Fotos und Grafiken: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Sie wollen immer auf dem Laufenden bleiben? Folgen Sie uns:

-  <https://www.facebook.com/fwlandtag>
-  <https://www.instagram.com/fwlandtag/>
-  <https://www.youtube.com/@fwlandtag>
-  <https://www.threads.net/fwlandtag>
-  <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

"Alle in diesem Newsletter verwendeten Bilder und Social Media-Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. © 2026 [FREIE WÄHLER Landtagsfraktion].

Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de
